

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1294.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlagsamt: Gebr. Kersch, Dresden, am Gäßl, Staatsbau.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Landesregierungen Sachsen-Anhalt und Preußen-Mittelmark

**Abonnementpreis** einschließlich Frangierlohn in der Woche vom 22. bis 28. September 1200000 M., unter Frangierlohn für Deutschland die Nummer 4 000 000 M. Einzelnummer 2500000.- M.

**Druckerei:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Verlagsamt:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

**Abonnementpreis:** Grundpreis mal Schließgeld. Grundpreis: die 20 mm breite Kompartimentsbreite 125 M., die 90 mm breite Kompartimentsbreite 500 M., für auswärtsige Anzeigen 160 und 550 M. Schließgeld: 20 000. Familienanzahlungen Stellen- und Reisegeld 40 Proz. Rabatt. Für Fernlieferung 800000 M.

Nr. 227

Dresden, Freitag den 28. September 1923

34. Jahrg.

### Durchgreifen

Mit der Verhängung des Ausnahmezustandes hat die Reichsregierung das schärfste Mittel angewandt, um Republik und Verfassung gegen den angedrohten Rechtsputsch, um Volk und Reich vor dem Bürgerkrieg zu schützen, der verheerende Folgen für jeden haben müßte. Was für Sachsen zu der Ausnahmeverordnung zu sagen wäre, das sagt der nebenstehende Aufruf der sächsischen Sozialdemokratie. Nach allen Verichten aus Berlin und angesichts des zeitlichen Zusammenhanges mit der bayerischen Ausnahmeverordnung ist die Verordnung der Reichsregierung als Notmaßnahme sowohl gegen das bayerische Sondervergehen wie gegen den bayerischen Gesandten gedacht. Das bestätigt auch unser sozialdemokratischer Parlamentsdienst. Er schreibt dazu:

Nachdem nämlich die bayerische Regierung von sich aus den Ausnahmezustand für Bayern erklärt, Herrn Kahr zum Diktator gemacht und ihm die Reichswehr unterstellt hatte, war die bayerische Gefahr in ein neues, akutes Stadium getreten. Denn was auch Herr Kahr bis zu einem gewissen Grade in persönlicher und sachlicher Wegenshaft zu Hitler stehen, so ist er doch andererseits ein so ausgesprochenes Vertreter des reaktionären bayerischen Separatismus, daß seine Vollzugsgewalt keinerlei Gewähr für die Anwendung der staatlichen Rechtsmittel Bayerns im Sinne und Geiste der Verfassung geboten hätte. Durch die allgemeine Verhängung des Ausnahmezustandes ist Herr Kahr diese Gewalt entzogen und dem Kommandeur der bayerischen Reichswehr, General von Lossow, übertragen worden. Inb. da nach dem Urteil unserer bayerischen Genossen die Reichswehr innerhalb den relativ zuverlässigsten staatlichen Rechtsfaktor für die Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Zustände in Bayern darstellt, so ist durch die Verhängung des allgemeinen Ausnahmezustandes innerhalb die bayerische Gefahr um einiges abgemindert worden.

Dies ist der Vorteil. Der Nachteil besteht darin, daß zur Vermeidung dieses Zweckes auch für das übrige Deutschland der Ausnahmezustand verhängt werden mußte. Dafür zu sorgen, daß der Ausnahmezustand nicht als drückend empfunden wird, daß alle Überflüssigen Unbesonnenheiten, Schlägen und Provokationen vermieden werden, wird Aufgabe unserer Genossen in der Regierung sein. Jedenfalls ist es eine dringende Verurteilung der Reichsregierung, wenn die deutschnationale Presse es so darstellt, als erkenne mit der Verhängung des Ausnahmezustandes die Regierung die wilde Erregung der Bevölkerung über die Aufgabe des passiven Widerstandes an. Eine solche Erregung hat sich — ausgenommen in Bayern, wo sie künstlich geschürt wurde — nirgends gezeigt, und die Regierung wird in ihrem eigenen Interesse alles zu vermeiden haben, was solcher Erregung rechtsabwärtiger Elemente oder auch der strapaziösen Geste der Kommunisten überflüssige Nahrung gibt.

Aus diesem Grunde ist es zu begrüßen, daß die überwiegende Mehrheit der Reichstagsmitglieder durch die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht die zivilen Ausnahmezustände eingekläumt wird, ein Gegengewicht erhält in der Begegnung von zivilen Regierungskommissaren. Der zivile Ausnahmezustand hätte den Zweck gegen Bayern nicht erreicht, Herrn Kahr's Diktatur auszuhebeln. Selbstverständliche Pflicht und Aufgabe der Regierung ist es, zu Zivilkommissaren nur zuverlässige Republikaner zu bestellen. Ihre Vollmacht muß im Notfall so weit ausgedehnt werden, daß sie unbedingt in der Lage sind, irgendwelchen Unbesonnenheiten mit absolutem Erfolg entgegenzutreten. Die Zivilkommissare können, aber sie müssen nicht ernannt werden, und wie erwarten, daß man von dieser Bestimmung nur im Notfall Gebrauch macht, als die bayerische Regierung verhandelt wird, den als Diktator abgesetzten Herrn Kahr als Zivilkommissar wieder einzuführen.

Solange die innere Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleibt, werden die staatsrechtlichen Bevölkerungsrechte praktisch von der vorübergehenden Kucherkastung bestimmter Paragrafen der Reichsverfassung überhaupt nichts spüren. Die Wehrereitskommandeure sind von der Regierung angewiesen, äußerste Zurückhaltung zu üben und ohne Rücksicht nur vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um auf alle Fälle gewappnet zu sein. Viel kann natürlich die Arbeiterschaft dazu beitragen, daß die militärischen Verbände überhaupt nicht in Tätigkeit treten. Sie muß zunächst in ihren eigenen Reihen für Ruhe und Ordnung sorgen und dort, wo die Kommunisten glauben, mit der Weltrevolution durch Verträge gegen das Gesetz den Anfang machen zu können, eben so ihren Mann stehen, wie gegen Gewaltangriffe von rechts. Es zeigt in diesen Tagen aufpassen, aber nicht die Ruhe verlieren und tapfer sein, falls die Republik ruft. Reichen die staatlichen Organe nicht aus, dann wird von dem aktiven Wehrwillen der verfassungstreuen Arbeiterschaft Gebrauch gemacht werden müssen.

Kamernlich dem letzten Satz pflichten wir durchaus bei. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird die Behörden in ihrer Aufgabe, die Verfassung, die Republik, die Erzeugnisse der Revolution gegen alle Anschläge zu verteidigen, jederzeit unterstützen. Sie würde sich jedoch genötigt sehen, eigene Maßnahmen zu treffen, wenn die behördlichen Organe bei der ihr gestellten Aufgabe versagen sollten. Die Kommunisten gebieten den Generalstreik auszurufen. Er ist als Kampfmittel gegen den Faschismus überflüssig, solange die verfassungsmäßigen Organe ihre Pflicht tun. Außerdem ist sich die R. P. D. hoffentlich auch darüber klar, daß die verfassungstreue Arbeiterschaft kommunistische Generalstreikparolen heute kritischer würdigt denn je. Die deutschen Arbeiter haben gerade in jüngster Zeit zuviel Feindschaft gegen die Verfassung bekundet, zuviel Geliebtheit mit dem Plan der Völkischen, die Verfassung zu überrennen, als daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht mißtrauisch werden

### An die Partei!

Deutschland steht vor schweren Aufgaben, und innerpolitischen Entscheidungen. Der passive Widerstand, den die Bevölkerung des Ruhrgebietes neun Monate lang gegen fremde Gewalt aufrechterhalten hat, mußte abgebrochen werden. Außenpolitisch steht die Reichsregierung, in der die Sozialdemokratische Partei vertreten ist, vor den Entscheidungen über die Herbeiführung vertragsmäßiger Zustände in dem besetzten Gebiet und vor der Behandlung von Vorschlägen zur Lösung der Reparationsfrage. Innerpolitisch bereitet die Regierung Maßnahmen vor, die uns wieder zu geordneten Verhältnissen führen sollen.

Selten hat das deutsche Volk vor so schwerwiegenden Entscheidungen gestanden wie in diesen Tagen. In dieser Zeit aber, in der alle, die zu Volk und Staat halten, alle Kräfte sammeln müßten, um denen zu helfen, die die deutsche Republik und die deutsche Wirtschaft vor dem Verfall bewahren wollen, setzen die Reaktionen aller Richtungen zu einem Stoße gegen die deutsche Republik an. In München, seit langem Sammelpunkt aller in Nationalismus weiterführenden großdeutschen Militaristen und blauen Partikularisten, hat die bayerische Regierung wegen der drohenden Gefahr des Bürgerkrieges Herrn v. Kahr, einen ausgesprochenen Feind der Sozialdemokratie, zum Generalkommissar ernannt und Verfügungen erlassen, die in die Befugnisse des Reiches eingreifen. Die Reichsregierung hat zur Wahrung von Recht und Verfassung ihre Maßnahmen getroffen. Sie hat über das Reich den Verhängung des Ausnahmezustandes verhängt. Die Reichsregierung wird gegen jeden, der Ruhe und Ordnung der Republik zu stören versucht, ihre Rechtsmittel anwenden. Wir müssen wünschen, daß ihr das voll gelingt. Denn niemand würde die deutsche Republik für gefestigt halten, wenn sie nicht den Beweis lieferte, daß sie derer Herr wird, die ihren Bestand gefährden.

In Bayern geben die Rechtsradikalen das Signal. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in den nächsten Tagen die „völkischen“ Volksverbände auch in anderen Teilen des Reiches ihr zerschlagendes Werk zu beginnen versuchen. Die Parteigenossen haben diesen Bestrebungen ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken. In gewohnter Disziplin müssen sie bereit sein, zu folgen, wenn die Partei sie ruft. Aber auch nur, wenn die Partei sie ruft! Die Parteileitung wird in fester Fühlung mit der Reichsregierung und mit den Organisationsstellen bleiben, die bereit sind, die Republik zu schützen. Deshalb muß jede Sonderaktion unbedingt unterbleiben. Jedes Gegeneinanderarbeiten muß unter allen Umständen vermieden werden. Es gilt, Disziplin zu üben. Nur so wird es möglich sein, den Ansturm der Feinde des heutigen Staates abzuwehren.

Die Arbeiterklasse wird die deutsche Republik zu verteidigen wissen, sobald der Ruf der Partei an sie ergeht. In diesem Sinne heißt die Parole: Bereit sein!

Berlin, 27. September 1923.  
Der Vorstand der Reichstagsfraktion.  
Der Vorstand der V. S. P. D.

### Aufruf der sächsischen V. S. P. D.

Die Reichsregierung hat den Ausnahmezustand über das ganze Reich verhängt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen richtet sich diese Aktion gegen alle Bestrebungen, die sich gegen den Bestand des Reiches und der Republik aus Anlaß der Beendigung des Ruhrkonflikts wenden. Die Sozialdemokratie tritt mit aller Entschiedenheit für die Einheit des Reiches und für die Erhaltung der Republik ein. Sie kämpft daher auch stets gegen alle separatistischen Bestrebungen.

Von dem Ausnahmezustand ist auch Sachsen betroffen. Landesarbeitsausschuß und Fraktion sind sich einig, daß die sächsische Regierung die Gewähr dafür bietet, daß die Republik erhalten und Ruhe und Ordnung gewährleistet werden. Sie sind daher der Auffassung, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes über Sachsen nicht erforderlich war. Die Bedenken gegen diese Handlung werden noch dadurch vermehrt, daß die vollziehende Gewalt in Sachsen ausschließlich der Reichswehr übertragen worden ist, während für Preußen ein Zivilkommissar ernannt wurde. Die bezeichneten Parteinstanzen fordern daher, daß auch für Sachsen ein Zivilkommissar bestimmt und dieser Posten mit einem Mitglied der sächsischen Regierung besetzt wird. Landesarbeitsausschuß und Fraktionsvorstand werden daher beantragt, sofort und mit allem Nachdruck auf die Ernennung eines Zivilkommissars für Sachsen hinzuwirken.

Der Landesarbeitsausschuß und die Fraktion halten es für ihre Pflicht, die Parteigenossen auf den bitteren Ernst der politischen Situation aufmerksam zu machen. Wenn auch die Reichsregierung die Republik durch die Verhängung des Ausnahmezustandes zu sichern gedenkt, so darf doch nicht verkannt werden, daß trotz alledem die Gefahr für die Republik so groß ist, daß sie die größte Wachsamkeit und den entschlossensten Kampfeswillen der gesamten Arbeiterklasse erfordert. Ausdrücklich muß betont werden, daß unter dieser Situation die Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Partei von größter Bedeutung ist. In diesem Kampfe muß die V. S. P. D. die Führung haben. Es ist daher unbedingt notwendig, daß die Parteigenossen nur den Parolen der Partei folgen.

Landesarbeitsausschuß u. Landtagsfraktion der V. S. P. D.

Der Bezirksausschuß Sachsen des A. D. O. V. schließt sich dieser Erklärung an. Eine endgültige Stellungnahme zu den Einzelforderungen der R. P. D. wird umgehend erfolgen.

Bezirksausschuß Sachsen des A. D. O. V.

müßte. Wir wissen zu gut wie die Kommunisten, daß die gegenwärtigen Zustände alles andre als ideal sind und daß sie für die Arbeiterschaft schwer erträglich sind. Aber davon ist nicht die Verfassung schuld, sondern höchstens die mangelhafte Ausübung der verfassungsmäßigen Rechte durch die Arbeiterschaft. Das Werk von Weimar ist immerhin freihetlich genug, daß mit den darin verankerten Volksrechten ein energischer Kampf gegen die Herrschaft des Kapitalismus geführt werden kann als bisher. Offen wir, daß der Wille dazu bei den nächsten Wahlen entschiedener zum Ausdruck kommt als bei den bisherigen. Der Augenblick zum Generalstreik aber ist für die breite Masse der Arbeiterschaft höchstens dann gekommen, wenn die großkapitalistischen Kräfte weiterhin in den Himmel wachsen, oder wenn sich die faschistischen Antriebe in den verschiedenen Landesstellen Deutschlands mit derselben Ungeniertheit weiter ausdehnen dürfen wie bisher. Und damit kommen wir zur Kernfrage der Situation: Was will die Reichsregierung mit dem Ausnahmezustand? Man kann mit Ausnahmebestimmungen nicht dauernd vorbeugen. Wirklich vorbeugen heißt eingreifen! Die bayerischen Zustände stinken zum Himmel. Hitler's mit großem Pomp angekündigte 14 Münchner Versammlungen sind verboten und Hitler's Besuche sind abgewiesen worden. Die Wehrkreise drücken in ihrem bayerischen Organ, dem Völkischen Beobachter, Herrn v. Kahr ihre Unzufriedenheit aus. Aber glaube jemand, daß mit all dem die bayerische Gefahr gebannt ist? Das bayerische reaktionäre Lager zerfällt in verschiedene Spielarten. Die weißblauen Reaktionen der vaterländischen Verbände mit Herrn Kahr an der Spitze begnügen sich mit der Unterdrückung der Freiheit in Bayern,

wollen aber von einem Zuge nach Berlin nichts wissen. Das schwarzweihrote Falkenkreuz der um Hitler und Ludendorff denkt weniger partikulartistisch, sondern möchte von Bayern aus und durch den Marsch nach Berlin eine gegenrevolutionäre Diktatur über ganz Deutschland verhängen. Aus diesen Gegenwärtigen ergibt sich das Theaterstück, das gegenwärtig in und um München gespielt wird.

Aber die Gefahrenquelle für das Reich wird damit nicht verstopft, denn einig ist sich das gesamte faschistische Lager in Bayern in dem gemeinsamen Satz gegen die Republik und die Verfassung. Man streitet in diesen Lagern höchstens über Tempo, Zeitpunkt und Wege, die zur Wiederanfrischung der alten deutschen Kaiserrie führen sollen. Solche Zustände müssen auf die Dauer die Autorität des Reiches und der Reichsregierung untergraben. Will die Reichsregierung auch weiterhin zusehen, in welsch von der bayerischen Regierung ungehinderter Weise da unten die Gesetze geschändet werden? Will sie weiter dulden, daß bewaffnete hakenkreuzlerische Stütztruppen auf den Straßen herummarschieren, militärische Übungen veranstalten, die Bevölkerung tyrannisieren, militärische Automobilscharen und Kavallerieabteilungen aufstellen, Flieger anwerben und den Krieg gegen das Reich offen, im großen Stille, vorbereiten? Eine Republik, die das duldet, macht sich vor aller Welt lächerlich, und eine Regierung, die gegen dieses Treiben den Ausnahmezustand verhängt, ohne ihn zu beugen, um dem Hebel energisch zu helfen, geht zu, macht sich lächerlich. Das Reich muß etwas fordern, daß Bayern keine Ausnahmeverordnung aufhebt, nachdem jetzt eine endgültige Regelung durch den Reichspräsidenten für das gesamte deutsche Reichgebiet

erfolgt ist, und nach zweitens eine Entwaffnung der illegalen Kampfbünde mit aller Energie und Gründlichkeit vornehmen — oder die Reichsregierung begibt sich des Rechts, dagegen aufzutreten, wenn künftig auch in anderen deutschen Landesteilen bewaffnete Freikorps umherziehen.

Deutschland sucht nach einem Weg zur Verständigung mit Frankreich. Diese auswärtige Politik ist die einzig mögliche und richtige. Aber sie bleibt ein halber Versuch, solange Poincaré seine Gewaltmaßnahmen mit dem Hinweis auf die drohende deutsche Revolution begründen kann. Läßt also die Regierung den Ausnahmezustand verstreichen, ohne gründlich in das schändliche Wesen einzugreifen, so steht Deutschlands Existenz nach wie vor auf dem Spiele, und es bliebe dann wieder einmal nur das historische Wort zu ahnen, wonach mit Ausnahmezustand jeder Feind regieren kann.

Der Mann der blauen Brille

Ludendorff wird allmählich auch den Volksparteiern unbehaglich. Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei sagt:

„Wenn General Ludendorff durch seine Hintermänner in Bayern Revolution macht, so erfüllt er die Hoffnungen der Franzosen. Nichts könnte die traurige Lage Deutschlands außerpolitisch noch mehr verschlimmern, als ein militärischer Putsch im Süden des Reiches. Eine Revolution in München bedeutet Separation, denn Hitler-Revolution ist Ludendorff-Revolution, und Ludendorff-Revolution zieht nach sich den Feind ins Land. Wir in Bayern haben kein Vertrauen zu Ludendorff, daß er die Fähigkeit besitzt, das deutsche Volk in eine bessere Zukunft zu führen. Dr. v. Brüning hat sich bis jetzt allen schwierigen Dingen gewachsen gezeigt, und das bayerische Volk hat Vertrauen zu ihm, daß er sich nunmehr zum führenden Staatsmann erheben wird, der alle nationalen Kräfte im Lande um sich sammelt, die die Gefahr einer Ludendorff-Revolution erkannt haben.“

Ludendorff teilt dazu den Münchner Neuesten Nachrichten mit, daß er „nicht im entferntesten daran denke, in Bayern eine Revolution zu machen. Alles, was ihm in der Bayerischen Volksparteikorrespondenz untergeschrieben werde, sei glatt erfunden und völlig grundlos“. Kurz gesagt, er bleibt ewig der Mann, der die blaue Brille aufsetzt und sich dünne macht, wenn seine Sache brenzlich wird. Denn er gehört zu den Görnern und Helfern des Hitler-Kummels und hat gelegentlich falschliche Paraden mit abgenommen. Ein tapfres deutsches Volk!

Die Kampfbünde

München, 27. Sept. Der Führer der Sturmabteilung Rohbach erklärt einen Aufruf an alle Volksparteien und Parteigenossen, am Freitag, abends 8 Uhr, im Linderbräu zu einer massiven Kundgebung zu erscheinen, in der unter der Parole „Rohbach muß her aus!“ gegen die Bekämpfung des Führers Rohbach in Leipzig Einspruch erhoben werden soll. Einen weiteren Aufruf erlassen die Nationalsozialisten an alle deutschstämmigen Motorradfahrer und Automobilisten, in den Motorradfahrerbund und die Autostaffeln der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einzutreten.

Amfliche Unterrichtung der Entente

Berlin, 27. Sept. (Eig. Bericht). Der Reichsminister hat am Donnerstag die Botschafter der Entente-Regierungen empfangen, um sie über den von der Regierung angeordneten Abzug des passiven Widerstandes offiziell zu unterrichten. Ob die Regierung darüber hinaus bereits in den nächsten Tagen ein offizielles Angebot zur Regelung der Reparationsfrage an die Reparationskommission macht, unterliegt noch der Entscheidung des Kabinetts. In parlamentarischen Kreisen der Linken ist die Auffassung vorherrschend, daß die schnelle Belegung des Vorkassamts in Paris und Kräfte zur Einleitung von Verhandlungen über die Wiederherstellung des Ruhrgebietes und die Regelung der Reparationsfrage durchaus notwendig ist. Auch in der französischen Presse ist dies geteilt worden. Wenn aber die französische Regierungskommission knüpft, so ist das zurückzuführen. Der Aufruf stellt lediglich Tatsachen fest und läßt im Verhältnis zu dem im Ruhrgebiet bestehender äußerster Zurückhaltung. Die deutschen Regierungsstellen werden sich das Recht vorbehalten, die Wahrheit zu sagen und Tatsachen schlagend zu belegen.

Ruhrgebiet

Amfliche Zustimmung aller Bundesstaaten

Berlin, 27. September. Verordnung des Reichspräsidenten über die Ruhrverwaltung. § 1. Die nachstehenden aus Anlaß des Aufreubruchs erlassenen Verordnungen werden hierdurch aufgehoben: Verordnung auf Grund des Reichsgesetzes (Schutz der Finanzen und der Währung) vom 16. März 1923 (RGBl. I. S. 136), Verordnung auf Grund des Reichsgesetzes (Schutz der Finanzen und der Währung) vom 20. März 1923 (RGBl. I. S. 234), Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 45 Absatz 2 der Reichsverfassung, betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen vom 3. März 1923 (RGBl. I. S. 154), Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 17. April 1923 (RGBl. I. S. 261), Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. August 1923 auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung zur Ergänzung der Verordnung vom 3. März 1923 (RGBl. I. S. 136). § 2. Der vorstehende § 1 tritt mit Wirkung vom 26. September 1923 an sofort in Kraft.

Berlin, 27. September. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Brüning, erklärt in einer Rundgebung an die Deutschen in dem besetzten Gebiet: Mit dem Abbruch des Kampfes ergibt es sich der Ruf, die schaffende Arbeit für das Vaterland wieder aufzunehmen. Alle Besatzungen und Einwirkungen des Reiches, die während des Kampfes im Einzelnen mit Euch ergangen sind, sind aufgehoben. Die Wachen für neue Arbeit ist frei. Wir wollen Euch bei ihrer Aufnahme helfen, soweit es irgend in unserer Kräfte liegt. Bestimmende Maßnahmen sind bereits getroffen. Insbesondere sind bestimmte Stellen für die Führung von etwaigen Eingelieferungen im besetzten Gebiet in Aussicht genommen. Die Besatzungen werden in kürzester Frist die erforderlichen Weisungen erhalten.

Kommunistische Aufforderung zum Generalstreik

München, 27. September. Die Zentrale der K. P. D. schlägt einen Aufruf zum Streik der Regierung Straßmann. Der Aufruf ist in vielen Plakaten in der vergangenen Nacht an allen Straßenecken angebracht worden. Die Kommunisten hoffen augenscheinlich, bei der jetzigen Übergangswirtschaft im Ruhrgebiet nach Aufhebung des passiven Widerstandes Nutzen zu herbvorkufen zu können. Die Zentrale fordert zur Durchführung einer Arbeiter- und Bauernregierung auf.

Ergebnisse kommunistischer Generalstreik

Wiesbaden, 27. September. (Eig. Drahtbericht). Die Sitzung der kommunistischen Partei (siehe am Donnerstag mit aller Kraft ein. Es wurden Flugblätter verteilt,

die von der kommunistischen Zentrale in Berlin kommen, aber von der Bezirksleitung der K. P. D. Bezirk Ruhrgebiet unterzeichnet waren. In dem Flugblatt werden sich die Kommunisten gegen den Abbruch des passiven Widerstandes und gegen die Regierung Straßmann-Eilberding, der sie den Vorwurf machen, daß sie die Ruhrarbeiterklasse an den internationalen Kapitalismus veräußern. Das Flugblatt forderte zu Demonstrationen und zu einem 24 stündigen Generalstreik für Donnerstag auf. Am die Forderung durchzuführen, verhielten die Kommunisten die Arbeiter am Betreten der Betriebe. Hier und da wurden auch Besatzungen aus den Werkstätten und Fabriken herausgeholt. Infolge des Vorgehens der Kommunisten und infolge ihrer Drohungen ruhte die Arbeit fast überall. Gegen Mittag fanden im Ruhrgebiet Essen, Gelsenkirchen und Dortmund Demonstrationen statt, und Demonstrationen statt. In Hatthausen, Gelsenkirchen, Wattenstein, Hatthausen, Wanne und Elfen war die Beteiligung beträchtlich. Sie betrug in der Stadt Gelsenkirchen 8.000 bis 7000 Personen. Der größte Teil der Teilnehmer waren Arbeitslose. Die Kommunisten verbreiten, daß die Berliner Spitzenorganisationen den passiven Widerstand nicht abgeben hätten, deshalb solle er weitergeführt werden.

Duisburg, 27. September. Gestern vormittag wurden von den Beauftragten der Besatzungsbehörde 272 Milliarden, die Eigentümern der Duisburger Straßenbahn waren, zwangsweise, 190 Eisenbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter nebst Familien Gaben am Mittwochnachmittag dem Besatzungsamt übergeben.

Reichstagsbeginn

222. Sitzung, 27. September

Die erste Sitzung der Wintertagung des Reichstages, die ursprünglich auf Donnerstag 8 Uhr anberaumt war, verzögerte sich durch die Beratung des Reichstages. In dem hatten die Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken Anträge gestellt, in der Plenarsitzung sofort in eine politische Aussprache einzutreten. Da der Reichstagspräsident zu keiner einheitlichen Stellungnahme der Parteirepräsentanten kam, überließ man die Entscheidung dem Plenum des Reichstages. Die Plenarsitzung eröffnete Reichspräsident Brüning um 5 1/2 Uhr nachmittags mit folgender Ansprache:

Zu schweren Entscheidungen und wichtigen Entschlüssen tritt der Reichstag in diesem Tagungsabschnitt zusammen. Gehe von großer wirtschaftlicher und finanzpolitischer Tragweite werden und in diesen Tagen gegeben. Politische Auseinandersetzungen müssen der Lösung zugeführt werden. Ich gebe am Beginn unserer Verhandlungen der Hoffnung Ausdruck, daß es einer harten Reichsgewalt, geführt auf das Parlament, gelingen möge, alle Anstrengungen zu tun, die gegen die einseitige deutsche Republik gerichtet sind, von welcher Seite sie auch kommen mögen. (Beifall)

Abg. v. Graefe (D. Volksp.) und Abg. Vach (Komm.) beantragen Aenderung der Tagesordnung und sofortige politische Aussprache, ebenso Abg. Schulz, Bromberg (Dnat. Wp.)

Abg. v. Graefe (D. Volksp.): Aus eigener Machtvollkommenheit, ohne den Reichstag zu befragen, hat die Reichsregierung die schwer-

wiegendsten Entschlüsse gefaßt. Das ist ein Schlag ins Gesicht des deutschen Volkes. Er beantragt, die Sitzung zu unterbrechen, bis der Reichstagspräsident zur Stelle ist, um, nach dem Willen des Reichstages, abzugeben.

Abg. Vach (Komm.): Es ist eine Schande, wenn heute Reichstag von Reichspräsidenten und seinen Ministern gesteuert werden. Die Reichsregierung hat die sofortige Auflösung des Reichstages beantragt. Die Reichsregierung hat die sofortige Auflösung des Reichstages beantragt. Die Reichsregierung hat die sofortige Auflösung des Reichstages beantragt.

Abg. Müller, Franken (Soz.): Nicht wie hatten eine politische Aussprache baldigst für notwendig. Dabei werden wir auch den Erfolg der bayerischen Ausnahmeverordnung erbeten müssen, die uns offiziell noch nicht einmal mitgeteilt worden ist. Ich lege Verwahrung dagegen ein, wenn der Abg. Vach von einer Freigabe des Ruhrgebietes spricht. Davon ist keine Rede. Wir werden die über die Ausnahmeverordnung und die über die allgemeine politische Lage, insbesondere die Frage im Ruhrgebiet, müssen verbunden werden und als Tag für diese Aussprache ist der Dienstag vom Reichstagspräsident festgesetzt worden.

Der Kommunist Thomas und Ledebur (K. Soz.) verlangen eine Aussprache über die Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung, während der Kommunist Eißler sich das Recht anmaßt, als „Vertreter der Arbeiterklasse“ der besetzten Gebiete auf Protest zu erheben gegen den Versuch der Reichsregierung auf Freigabe des passiven Widerstandes. Reichspräsidenten von Arbeitern seien im Ruhrgebiet bereits in den Generalstreik gegen die Aufhebung des passiven Widerstandes getreten.

Die Annahme des Reichstages v. Graefe, sich ebenfalls als Wortführer der Bevölkerung der besetzten Gebiete aufzuspielen, wies der Reichspräsident Dr. Brüning als Vertreter der äußersten Rechten des Reichstages und des Ruhrgebietes scharf zurück. Graefe's Freunde im alten Preußen hätten die Rechte des Rheinlandes, die sie jetzt zu vertreten behaupten, mit Füßen zu treten. Im übrigen traten die Vertreter der bürgerlichen Mitte für Beibehaltung der vorgelegenen Tagesordnung ein, und als es schließlich zur Abstimmung kam, wurden die Anträge der äußersten Rechten und der Linken gegen den Reichstagspräsidenten abgelehnt. Das Haus trat jetzt abends in die Beratung der eigentlichen Geschäftsordnungsgesegensände ein.

Das Gesetz über die vorübergehende Aufhebung der vierwöchentlichen Gehaltskürzungen für die Beamten wurde in erster und zweiter und anschließend auch in der dritten Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen mit mehr als Zweidrittelmehrheit der Anwesenden in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die Ausschussfassungen über halbmonatliche Fällung der Lohnkürzungen und über Gleichstellung der Ruhegehaltsempfänger mit den Beamten. Debatte wurde darauf noch der dritte Nachtrag zum Reichshaushalt, der eine Ausgabe von weiteren 10 Millionen Reichsmark beantragte, beschlossen. Nach Erzielung einiger kleiner Geschäftsänderungen verlegte sich das Haus um 7 1/2 Uhr abends auf Freitag nachmittags 4 Uhr. Tagesordnung: Aenderung des Reichstages. Kommunistische und deutschnationalen Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung werden wiederum gestellt werden.

Die Verordnung des Ausnahmezustandes

Berlin, 27. September. Amflich wird die folgende Verordnung des Reichspräsidenten, betr. Ausnahmezustand für das Ruhrgebiet bekanntgegeben.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung des Ruhrgebietes folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 126, 134, 169 der Reichsverfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungswesens, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei der Ausführung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiet der Polizeiverwaltung Regierungskommissare ernennen.

§ 3. Die Weisungen des Militärbefehlshabers an die Polizeiverwaltungen und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen. Allgemeine Vorschriften des Militärbefehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung der Regierungskommissare, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit ergrangenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen anstiftet oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 5000 Goldmark bestraft. Wer durch Zuwiderhandlungen nach Absatz 1 eine Gefährdung von Menschenleben herbeiführt, wird mit Justizhaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten, und wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Justizhaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auch auf Vermögensentziehung erkannt werden. Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 1) ansetzt, wird mit Justizhaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Die in den Paragraphen 31 (Lochverbot), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschuldung), 315 (Wahlbestechungen von Eisenbahnbeamten) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Justizhaus angelegten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 23 (Landesverrat) des Strafgesetzbuchs auf Todesstrafe erkannt werden. Ebenso ist im Falle des § 123 (Mißbrauch von Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 125, wenn der Täter den Widerstand gegen die Gewalt oder Anwendung mit Waffen oder im bewaffneten und überlegten Zusammenstößen mit Unbewaffneten begangen hat.

§ 6. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden. Zur Jurisdiktion dieser Gerichte gehören außer den in § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 871) angeführten Straftaten auch die Vergehen nach § 4 der vorliegenden Verordnung.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin den 26. September 1933.

Der Reichspräsident: Ebert.  
Regierung, der Reichsminister, Dr. Straßmann.

Die Militärbefehlshaber und Regierungskommissare

Berlin, 27. September. Der Reichswehrminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten die vollziehende Gewalt auf folgende Militärbefehlshaber übertragen:

- General von Dassel für den Bezirk des Wehrkreises I (Ostpreußen, Reich Preußen Westpreußen).
- General von Tschischwitz für den Bezirk des Wehrkreises II (Pommern, Schleswig-Holstein, Grenzmark Westpreußen, Medienburg-Schlesien, Mecklenburg-Strelitz, oldenburgischer Landesteil, Esten, Groß-Hamburg, Lübeck).
- General von Horn für den Bezirk des Wehrkreises III (Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Grenzmark Posen).
- General Müller für den Bezirk des Wehrkreises IV (Sachsen ohne Regierungsbereich, Ostpreußen, Preußen Sachsen, Anhalt, braunschweigischer Landesteil, Coburg).
- General Reinhardt für den Bezirk des V. Wehrkreises (Hessen-Nassau, Regierungsbezirk Erfurt, Hessen, Thüringen, Waldeck, Rürtemberg, Baden, Hohenzollern).
- General von Lohberg für den Bezirk des Wehrkreises VI (Hannover, unbesetztes Westfalen, unbesetztes Rheinland, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Bismarck, Schaumburg-Lippe).
- General von Löffow für den Bezirk des Wehrkreises VII (Bayern).

Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern hat der Reichswehrminister zu Regierungskommissaren ernannt: Dr. Sieber, Oberpräsident, für das Gebiet des Wehrkreises I; Garwig, M. A., für das Gebiet des Wehrkreises II; Richter, Polizeipräsident, für das Gebiet des Wehrkreises III; Gronostoff, Oberpräsident, für den Bezirk des Wehrkreises VI.

Die Ausnahmeverordnungen für Sachsen

Berlin, 27. September. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1933 überträgt der Reichswehrminister die vollziehende Gewalt im Gebiet des Wehrkreises IV dem Generalleutnant Müller. Derselbe ist am heutigen Tage folgende Verordnung erlassen:

- 1. Die vollziehende Gewalt ist vom 27. September an auf mich übergegangen. Die Regierung und Behörden bleiben in Wirkamkeit.
- 2. Den Offizieren und Offiziersdienstleistungen der Reichswehr verleihe ich die Rechte von Polizeibeamten und Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.
- 3. Der Druck und Vertrieb von Flugblättern, die sich mit politischen Angelegenheiten befassen, sowie das Erscheinen neuer Zeitungen oder Hefen bedarf meiner Genehmigung.
- 4. Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel sind untersagt.
- 5. Politische Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen meiner Genehmigung.
- 6. Verboten ist jede Betätigung, die darauf gerichtet ist, durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen lebenswichtige Betriebe stillzulegen. Als lebenswichtige Betriebe gelten insbesondere die öffentlichen Verkehrsmittel, sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität, alle Bergwerke, zum Beispiel Kohlen- und Salzkörze, sowie die damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, ferner Stahlfabrik, Zement-, Lein- und Faserfabriken.
- 7. Zusammenkünfte in den von den Kommandanturen und Standortältesten festzusetzenden Kasernen und in öffentlichen Dienstgebäude werden hiermit untersagt.
- 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen, die Aufhebung oder Anreizung dazu werden gemäß der Verordnung des Reichspräsidenten bestraft.

Dresden, den 27. September 1933.

Der Befehlshaber, gen.: Müller, Generalleutnant.

# Die Wahlen in Oesterreich

Von unserem Wiener Mitarbeiter

In einem Monat finden die Wahlen zum Nationalrat statt, aber die Wahlbewegung ist in vollem Gange. Als der christlichsozialen Bundeskanzler Seipel aus Wien heimkehrte und die Kredite mit dem Generalkommissar des Bitterbundes (Zimmermann) heimbrachte, war er so voll der Ueberzeugung, daß das ganze Volk ihn als Retter ansah, daß er sofort den Nationalrat auflösen und Neuwahlen ausschreiben wollte. Ingeheim scheint bei dieser Ansicht die Angst mitgeschwungen zu haben, daß sich die Begeisterung für seine Genesensmaßnahmen rasch abkühlen werde, sobald das Volk die Wirkungen dieser verhassten Sanierungslehre spüren werde. Der Plan wurde jedoch zu spät, da die Sozialdemokraten die von Seipel geplanten Frühjahrsarbeiten nicht zuließen und mittlerweile hat die Bevölkerung die Segnungen des Genesenswerkes, den Abzug von 100.000 Beamten, die Schließung von unzähligen Sunnitätsanstalten, Schulen, Gerichten, die Arbeitslosigkeit und die Steuervermehrung der arbeitslosen Massen, die auf die Massen geleistet wurden, während das Kapital ängstlich geschont wurde, gründlich kennengelernt.

Noch immer aber wollte der Bundeskanzler die Sanierung als Wahlparole ausnutzen, allerdings nicht mehr bei den breiten Massen, sondern bei den besitzenden Klassen, die von den Vorjahren und Großhospitalisten abgesehen, zwar auch nicht von der Seipelschen Sanierung begeistert sind, aber doch daraus die Hoffnung schöpfen, daß es Seipel gelingen werde, die vorrevolutionären Machtverhältnisse zwischen den Klassen wieder herzustellen. Um nach außen hin ein deutliches Symbol dieser seiner reaktionären Pläne aufzurufen, hat Dr. Seipel das Wahlbündnis der Christlichsozialen mit der „Partei der Monarchisten“ abgeschlossen, obwohl ihm diese Partei keine Wähler zusichern konnte, einerseits, weil ihr nur Führer aber keine Befehlshaber angehören, andererseits, weil alle Monarchisten auch ohne dieses Wahlbündnis christlichsozial getauft hätten. Seipel ging dann auch weiter, indem er Verhandlungen mit den anderen bürgerlichen Parteien einleitete, um alle auf eine „bürgerliche Einheitsliste“ zu einigen. Um diesen Plan durchzuführen und alle bürgerlichen Parteien an sich zu fesseln, war er ferner bereit, die größtmöglichen Opfer an Mandaten auf sich zu nehmen und namentlich die Großbeurten zu kaufen. Die Großbeurten, die in ihrem Bestehen sehr gefährdet sind, weil ihnen die Kassenrenten bei den Gemeinderatswahlen der letzten Zeit zahlreiche Mandate abgenommen und die vergeblich ein Kompromiß mit ihren Schreckensfindern angetrieben hatten, waren für die Sicherung ihrer Mandate sofort zu der Einheitsliste bereit, aber der „Landbund“, eine halb deutschnationale, als christlichsozial Bauernorganisation, erkannte, daß er den Christlichsozialen nicht einige Mandate mehr, als Herr Seipel geben wollte, abgeben könne und so verzichtete auf den Plan der „Einheitsliste“. Aber Herr Seipel war trotzdem entschlossen, den reaktionären Kurs seiner Politik noch deutlicher zu betonen und deshalb kündigte er an, daß nach den Wahlen sofort der Abzug des Reichsbeschlusses beginnen müsse. Man muß wissen, wie groß die Wohnungsnot in Oesterreich und namentlich in Wien immer war und man muß sich an die Schamlosigkeit erinnern, mit der die Hausbesitzer im Frieden diese Wohnungsnot ausnützten, um zu erkennen, welche Provokation der Massen diese Ankündigung des Bundeskanzlers war.

So hat der Bundeskanzler als die Wahlparole seiner Parteien neben der „Sanierung“ nur den Kampf des großen Bürgertums gegen die Arbeiter und vor allem den Aufbau des Reichsbeschlusses als „des letzten Restes der sozialdemokratischen Erbschaft“ angedeutet. Wie wenig den Sozialdemokraten diese beiden Wahlparolen anstößten, zeigten sie, indem sie das Kampfgebiet ausdehnten. Obwohl die Funktionsperiode des Wiener Gemeinderats noch ein Jahr läuft, hat die sozialdemokratische Gemeinderatsmehrheit den Gemeinderat schon jetzt aufgelöst und die Neuwahl ebenfalls für den 21. Oktober angesetzt. Damit wird die Möglichkeit gegeben, die christlichsozialen und die sozialdemokratische Sanierung einander gegenüber zu stellen. Die sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde Wien, die zugleich ein autonomes Bundesland ist, hat

nämlich in den vier Jahren ihrer Herrschaft die Finanzen der Gemeinde, die sie in gänzlich verlottertem Zustand von den Christlichsozialen übernommen hatte, nicht nur vollständig saniert, sondern sogar so weit gebracht, daß Billionen für große Investitionen für den Bau von Schulen und Wohnhäusern, für Volksgärten und Gartenanlagen und Straßenpflasterungen ausgeteilt werden konnten, und daß die Gemeinde jetzt sogar die Wiener Stadtbahn, die die Stadtverwaltung seit Kriegsbeginn eingestellt hat, übernehmen und auf elektrischen Betrieb umwandeln will. Diese beiden Arten der Sanierung eines Gemeinwesens, die sozialdemokratische, die aufbaut, und die christlichsozialen, die abbaut, die sozialdemokratische, die durch ein ganzes System von Luxus- und Verschwendung der Bestehenden erfolgt und die Christlichsozialen, die nur die Besitzlosen trifft, stehen einander in diesem Kampfe gegenüber. Aber die Sozialdemokraten haben auch der zweiten Wahlparole der Christlichsozialen eine Gegenparole gegenübergestellt, indem als Antwort auf Seipels Ankündigung des Abbaus des Reichsbeschlusses die Wiener Gemeindeverwaltung beschloß, mit einem Aufwand von zwei Billionen Kronen innerhalb fünf Jahren 25.000 Wohnungen zu bauen, womit die von Seipel geplante Wiedereinsetzung der Hausbesitzer in ihre frühere Herrschaft durch den Einfluß auf den Wohnungsmarkt lähmgelegt würde.

So ist der Aufmarsch der beiden Heere erfolgt, die Kämpfe sind entrollt. Die Wähler werden zu entscheiden haben, welcher Heere sie folgen wollen, der Heere, die vorwärts führt, oder der, die offen die Rückkehr zu den vorrevolutionären Zuständen als Ziel proklamiert. Um den Ausgang braucht man nicht bange zu sein.

## England unter französischer Führung

Die Meldungen aus London besagen, daß Premierminister Baldwin im Kabinett über seine Unterbrechung mit Weimarer Bericht erstattete, das Kabinett aber keinen Beschluß faßte. In Oresten hielt Baldwin eine Rede, die die britische Reichskonferenz (mit den Kolonien) am 1. Oktober müßte über die ganze politische Lage beschließen. Inzwischen habe zwischen Frankreich und England Verhandlungen, durch seine Pariser Aussprüche habe er das Vertrauen wieder hergestellt, sowohl in Paris als auch in London, erkenne man die Bedeutung der Entente an. Die beste Gewähr für eine Regelung liege in innigen Beziehungen zwischen Frankreich und England. Demnach hat sich die englische Regierung völlig der französischen Führung anbeigeegeben. Wegen dieser Unterbrechung Englands wandte sich der Führer der Arbeiterpartei, MacDonald, in einer Rede. MacDonald sagte, unter der Regierung Baldwin sei der Ruf Englands herabgesetzt, daß niemand sich um England kümmern könne. Man könne dem Mann nicht verzeihen, daß er es zulasse, daß die Bedeutung und der Einfluß Englands unter den Nationen verringert werde. Das Unterhaus müßte ohne Verzug zusammenberufen werden. Es sei dringend notwendig, unabhgig die gesamte Frage der Reparationen aufzuheben. Es müßte ein Uebereinkommen zwischen England, Frankreich, Belgien und Italien zustande kommen, nicht über die Bezahlung der gegenseitigen Schulden, sondern über die Bedingungen ihrer Vereinfachung. England müßte die Verantwortung mit Bezug auf die neue Fassung Europas auf sich nehmen und müßte darauf achten, daß es als Mitarbeiter von anderen Nationen wieder aufgenommen wird.

Die Regierung wird erst auf der Reichskonferenz klare Stellung nehmen.

## Regelrechte Schlachten in Bulgarien

Aus Bulgarien kommen in letzter Zeit folgende widersprechende Meldungen, die den Sowj. Parlamentarier veranlassen, in Sofia telegraphische Erkundigungen über die Lage in Bulgarien einzuschleusen. Folgendes, von parteigegenständlicher Seite stammende Telegramm gibt über die tatsächliche Lage Auskunft: Sofia, 27. September. Die Kämpfe mit den Rumänen, die teilweise von Bauern unterstützt werden, dauern in Süd-Bulgarien fort. Bei Ferdinands an der Grenze von Ist. eine regelrechte Schlacht mit Artillerieeinsatzungen, zahlreicher Offiziere und Wundgenesenen im Gange. Auch bei Philippopolis, wobei die Bahnlinie noch nicht wieder hergestellt ist, finden Kämpfe bei Stambulidhis Unruheort statt. Die Regierung wird...

zung gibt zahlreiche Offiziere und Ausgewählte mit Zustimmung der Weimarer. Die Regierung dürfte, wenn auch nach deren Wünschen, sehr der Lage sein.

## Kleine politische Nachrichten

**Überwachung der Berliner Reichsbehörden**  
Berlin, 27. September. (Eigene Meldung.) Die Berliner Polizei hat in den letzten Tagen mehrfach Verhaftungen von deutschnationalen und deutschnationalen Preisen und Mäßen wegen begründeten Verdachts zum Hochoverrat vorgenommen. In einem positiven Ergebnis führten diese Verhaftungen bisher nicht; sie wurden meist nicht aufrecht erhalten. Auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern fand am Donnerstag eine Durchsuchung in den Räumen der ehemaligen Deutschösterreichischen Freiwirtschaftspartei statt. Es handelte sich um den Verhafteten des heimlichen Fortbestandes dieser Partei. Während der Durchsuchung bei der deutschnationalen Abgeordneten von Graefe den Reichspräsidenten am Schutz, der ihm telefonisch zugefugt wurde. Die Durchsuchung ergab beträchtliches Material nicht.

**Reue Sozialisten**  
München, 27. September. Die Franzosen haben die chemischen Werke in Hochheim besetzt. Die Besetzung in Osnabrück von 200 Mann trat in den Proteststreik. Der Streik wurde beschaffen. Am 25. September nahmen die Franzosen dem Oberpräsidenten der Reichswehr 70 Milliarden Reichsmark fest. Reichswehr wurde beschaffen. In Wien wurden am 25. September 6000 Arbeiterfamilien mit zusammen 48 Tausend ausgewiesen.

**Erhöhung des Personen- und Gefährtentariefe**  
Die Schließung für den Eisenbahnerverkehr bleibt einmüßig unbeeinträchtigt. Die Schließung für den Personen- und Gefährtentarif wird von Dienstag 2. Oktober an, auf 30 Millionen, das ist um 50 Prozent, erhöht. In der vierjährigen Gültigkeit der Tarifverträge tritt eine Erhöhung nicht ein. Monatskarten und Schülermonatskarten im Reichsbahnerverkehr werden mit Rücksicht auf die häufigen Tarifänderungen (Erhöhung der Schließung) erst vom 26. des Vormonats an ausgeben. Um in kinderreichen Familien den Schulbesuch für Gefährten zu erleichtern, werden mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an auf der Reichsbahn an das zweite und jedes weitere schulpflichtige Kind derselben Familie zu den Schülermonatskarten 20 Prozent der Familien zum halben tarifmäßigen Fahrpreis (Erbringung einer entsprechenden Bescheinigung der Ortspolizeibehörde) ausgeben.

**Republikanische Staatsform für die Türkei**  
Konstantinopel, 26. September. Die Nationalversammlung hat in geheimer Sitzung den Entwurf beschlossen, in dem die endgültige Form der türkischen Staatsverfassung festgelegt werden soll. Der Vorschlag lautet die republikanische Staatsform vor. Das Staatsoberhaupt wird ein einzelner Präsident führen und mit ausgetragenen Vollmachten ausgestattet sein. Als erster Präsident wird Mustafa Kemal genannt.

## Aus aller Welt

### Für Deutschlands hungernde Kinder

Um der außerordentlichen Not in Deutschland etwas abzuwehren, von der am schlimmsten die Kinder betroffen sind, hat das Verlagshaus des Bremer Tagesblattes in der Hauptstadt der benachbarten Tschechoslowakei unter seinem deutschnationalen Direktor eine Sammlung „für die hungernden Kinder in Deutschland“ eingeleitet. Das Ergebnis dieser Sammlung, die noch im Gange ist, gibt einen grobkartigen Beweis für die Anteilnahme der Tschechoslowaken an dem Schicksal ihrer Wutskinder im Reich. Nach dem Ausweis, den das Bremer Tagesblatt veröffentlicht, sind bereits 235.000 tschechoslowakische Kronen eingegangen, die nach dem heutigen Kurs einen Betrag von fast einer Million Reichsmark darstellen. Man hofft, etwa eine halbe Million tschechoslowaken Gulden zu bekommen, zumal sich — was festzustellen werden muß — auch warmherzige Menschen tschechischer Nationalität an dieser Gutesleistung für die unglücklich leidenden deutschen Kinder beteiligt haben. Das Bremer Tagesblatt will, um der unglücklichen Not so vieler deutscher Kinder so schnell wie irgend möglich zu steuern, nicht erst den Abschluß der Sammlung abwarten, sondern die ersten Teilgebühren, soweit sie schon verdrißet sind abgerechnet, sofort ihrem Zwecke in Deutschland zuführen.

### Die Berjänger

Wie erst jetzt bekannt wird, hat Waackelind vor einiger Zeit eine Steinach-Operation an sich vornehmen lassen, die bestenfalls gelungen ist, und bei dem Wähler eine fichtliche Annahme der Arbeitslust und Energie herbeiführte. — Auch der alte Clemenceau hat schon vor längerer Zeit anlässlich einer Prostata-Operation eine Steinach-Operation durchgemacht. Seine bewunderungswürdige Elastizität und Frische wird darauf zurückgeführt.

### Der Dollar 159.600.000,-

Berlin, 23. September. (Kurzlich.)

	28. 9.	28. 9.	27. 9.	27. 9.	
	Proz.	Geld	Urfest	Geld	
Basenstadt 1 Gulden	25	624.430.000	627.360.000	558.900.000	561.400.000
Buen Aires 1 Peso	—	530.670.000	533.890.000	474.810.000	471.900.000
Kopenhagen 1 Krone	50	253.965.000	254.835.000	224.800.000	225.700.000
London 1 Pfund	84	283.290.000	284.710.000	253.900.000	256.800.000
Schweden 1 Krone	34	428.040.000	428.000.000	379.900.000	380.600.000
Helsinki 1 Finn. M.	—	438.900.000	441.100.000	352.825	353.975
Belgien 1 Franc	30	837.320	832.075	750.150	741.850
Italien 1 Lire	50	731.750	731.825	649.975	651.625
Paris 1 Frk. Et.	35	7281.87600	72881.2250	64837.000	651625000
Madrid 1 Dollar	30	159.600.000	160.000.000	142.04.000	142750.000
Wars 1 Franc	10	977.600	982.500	867.950	871.750
Schwarz 1 Franc	30	283.290.000	284.710.000	235.900.000	236.800.000
Spanien 1 Pseta	30	21.045.000	21.050.000	1975.000	1984.500
Wien (abg.) 100 Kr.	25	224.47	225.563	196.000	200.000
Wag 1 Krone	20	478.900	481.200	428.900	429.700
Wadapest 1 Krone	—	7980	8020	7687	7619

rs. Berlin, 23. September. (Eig. Dr. Ahlm.) Im heutigen Vormittagsverkehr hielt die fürstliche Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, die gestern im Laufe des Tages eingeseht hatte, an. Die Tendenz ist fest. Der Dollar wurde mit 200, englische Pfunde mit 160 Millionen gehandelt.

### Wasserstände der Moldau, Elbe, Eger und Elbe

Wasserstand	25.	27.	Wasserstand	26.	27.
Moldau	Sudweis ... 49	48	Brandeis	80	79
Moldau	Moldan ... 42	43	Rechnitz	+ 25	+ 26
Eger	Jungbunzlau ... 2	1	Zeitmeritz	+ 44	+ 45
Eger	Rann ... 46	44	Mühlitz	— 35	— 36
Elbe	Barzdubny ... 80	80	Dresden	— 176	— 183

### Wettervorhersage für den 29. September

Zunächst noch trüb und neblig, später Bewölkungsabnahme, mild, schwache Winde aus westlichen Richtungen.

**Wetterlage:** Die Wetterlage hat sich gegen gestern wesentlich geändert. Suchen liegt zwar auf der Ruhrseite eines kräftigen Hochdruckgebietes, so daß immer noch von westlichen Aufwindungen getroffen, so daß trüb, neblig Wetter anhält. Das Hoch liegt der westlichen Strömung in Thüringer Höhe, Zug- und Niederschlagsgebiete fächte heute früh lokal zur Ausbildung von Niederschlägen. Die gestern südlich Schland gelegene Depression zieht längs der nordwestlichen Küste zum nächsten Wochenende ab, weitere keine Störungen folgen ihr. Da der hohe Druck anscheinend zunächst keine Gegenüberlagerung erfahren wird, sey für morgen keine wesentliche Witterungsänderung im Ausblick.

## Leben • Wissen • Kunst

### Erdbeben

Das Erdbeben in Japan beistelt sich ein Vortrag, den Ernst Hübner am 23. September im Münchener Hoftheater hielt. Dem Vortragenden kam es besonders darauf an, dem Wesen der Erdbeben und vulkanischen Erscheinungen überhaupt nachzugehen. Er zeigte vorerst Bilder, die die Verhältnisse des Erdinneren veranschaulichten sollten, und erläuterte die beiden Hypothesen, nach denen das eigentliche Erdinnere entweder als gasförmig anzusehen ist oder aber als ein von wehr oder weniger festen Schichten umschlossener harter und insolge Druckes erhärteter Kern. An Hand anderer Bilder wurde dann der Charakter der in der Erdkruste zurückgeschobenen glühenden Erde behandelt, die vor allem an Stellen, wo sich in der Erdoberfläche sogenannte Verwerfungsstellen oder Einbruchstellen gebildet haben, nach Austritt von Wasser einen Ausweg suchen und schließlich als Vulkan in Erscheinung treten. Auch die Erdbebenherde finden sich in der Gegend der Verwerfungen. Für die direkte Ursache des Bebens gibt es eine genaue Erklärung noch nicht; einigermassen sicher erscheint nur, daß alle auslösende Kraft stark aufdruckartig sei, eng benachbarter Gebiete in Frage kommen. — Eine Reihe interessanter Bilder ließ die Wirkung der Erdbeben erkennen. Die ursprüngliche Seite eines Feldbaumes wird an einer bestimmten Stelle durch seitliche Verschiebung der Bodenfläche jäh unterbrochen und erschrecklich verändert. Eine vor dem Beben hinuntergegangene große Straße verläuft plötzlich in Schlangenwindungen. Klüfte sind aufgetrisen, Häuser in ihren Stellungen verschoben oder wie in die Höhe gestürzt, und ganze Geländestrecken haben sich stark geneigt.

Nachdem Hübner das Ergebnis der Erdbebenforschung deutlich gemacht, vermittelte er ausführliche Angaben über das Erdbebenland Japan, auf dem allein sich über 80 Quake befinden und das seit dem Jahre 250 von 415 großen Erdbeben heimgesucht worden ist. Hübner wies die Frage nach dem für Erdbebenland am wenigsten gefährlichen Aufbau auf und war der Meinung, daß sich wahrscheinlich tief in den Boden gegründete Betonbauten am widerstandsfähigsten erweisen dürften. Der Vortragende sprach gegen Ende des Vortrages noch kurz über die Erdbebenherde Deutschlands (die Gegend bei Rügen, das Schwarzwald- und Vogesengebiet und das Sogland) und schloß seine gemeinverständlich gehaltenen und beifällig aufgenommenen Ausführungen mit dem Hinweis auf große lokale Geschehnisse, denen gegenüber die Revolution des Erdinneren als gering erscheinen.

### Vortragskunst

Wibla Wines sprach im abendlichen Saale der Kunstausstellung ihres aus Dschodschin Roman „Die Brüder Karamasoff“ die Erzählung Janns: Der Grobknäueler. In dieser Dichtung wird die Frage des Christentums in drei Elementen gestellt: in das Wunder, das Geheimnis und die Autorität und in großartiger philosophischer Gedankenspannung durch eine Begegnung des Grobknäuelers

mit Christus in Sevilla im 16. Jahrhundert heranschaulicht. Wibla Wines ließ das Roloallgemäde menschlichen Geistes stark klimmungsgebend und mit außerordentlicher Prägnanz auf dem härteren Hintergrund entstehen, erste schmerzliche Feindschaft stand im Raum, plattlich und auf gegliedert wurde der lange Monolog des Grobknäuelers zu Hörspektakeln herabgezogen, und schließlich strömten alle Quellen der Liebe, da Christus statt aller Antwort den Kreis läßt und dieser ihn aus dem Gefängnis läßt.... pwo.

### Dresdner Kalender

**Theater am 29. September.** Opernhaus: Die Gärtnerin aus Liebe (7 1/2). Der Volksbühne Nr. 2622 bis 3111. — Schauspielhaus: Neu einstudiert; außer Kredit: Rache (6 1/2). — Reichshäuser Schauspielhaus: Die Freier (7 1/2). — Residenz-Theater: Der Gantlerkönig (7 1/2). — Neues Theater (Raummannschaft): Das gelbe Licht (7 1/2).

**Schauspielhaus.** Bei der morgigen Aufführung der Tragödie Rache (6 1/2) bleiben die Türen bis zum Schluß der vierten Szene geschlossen.

**Neues Theater.** Wie bereits bekanntgegeben, findet heute die Eröffnungsvorstellung dieses im Rahmen einer öffentlichen Generalprobe als Probevorstellung vor geladenen Gästen statt. Es wirken mit: Frau Lydia Ulich und die Herren Weßner, Feißt, Hammer, Reiche, Lehnert, Strom. Einlaß 8 1/2 Uhr, Beginn 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Ein Kartenverkauf für diese Vorstellung findet nicht statt. Sonnabend, 29. September, erste öffentliche Aufführung in derselben Besetzung. Kartenverkauf im Residenz-Raumbau und im Hause der Raummannschaft von 10 bis 2 Uhr und ab 5 Uhr an der Abendkasse.

Ein neues Tebeum. Im Rahmen der Veranstaltungen für das Jubiläum der Staatskapelle gelangt am 7. Oktober in der Katholischen Hofkirche ein Tebeum für vier Singstimmen, Chor und Orchester von Josef Weber zur Aufführung. Das Tebeum ist 1909 entstanden, also eine ältere Arbeit des Komponisten, der nicht ohne mit eigenen Schöpfungen in Dresden zu Gehör gekommen ist.

**Dresdner Philharmonie** nennt sich das aus den Philharmonikern vom Bühnenorchester neugebildete Orchester, das unter Leitung Professor Joseph Braccas steht und am Montag (7 1/2) im Sterntheater sein erstes Sinfonieconcert gibt. Die und mitgeteilt wird, ist die Dresdner Volksbühne grundständig bereit, auch ihrerseits das Unternehmen zu unterstützen. Verhandlungen darüber unter Leitung der Stadt Dresden sind bereits im Gange.

**Wolfgang Dresden-R.** Heute (8) in Stadt Leipzig sang Kammeränger Hans Rüdiger Oetere Lieder aus alter Zeit. Am Samstag: Arns Wagner. Nächste künstlerische Veranstaltung am 12. Oktober ebendort.

**Conradwetter** in der Kreuzkirche (6). Werke von Bachius, Albinberger und Joh. Seb. Bach. Mitwirkende: Dora Weibig (Sopran), Kammermüller Joh. König (Oboe), Gerhard Vauit (Orgel). Karte (100.000 P.) an den Kirchpforten. Numerierte Emporenplätze (1 Million Mark) am Auar.







### Gewerkschaftsbewegung

#### Werkzeugenschädigung und Steuerabzug

Ueber die Frage, ob Werkzeugenschädigungen dem Steuerabzug unterliegen, gehen die Meinungen der Finanzämter auseinander. Verschiedene Finanzämter betrachten die Werkzeugenschädigung als eine im Sinne des § 24, Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes gewährte Entschädigung, welche nach ausdrücklicher Vereinbarung zur Vermeidung des durch den Dienst oder Auftrag verursachten Aufwands" gewährt wird. Solche Dienstaufwandsentschädigungen unterliegen nach § 48, Absatz 5 des Einkommensteuergesetzes nicht dem Steuerabzug. Andre Finanzämter sind der Meinung, daß Werkzeugenschädigungen dem Steuerabzug unterliegen, eine Auffassung, die nach unserer Meinung keine Stütze im Gesetz findet. Von den Gewerkschaften ist der Reichsfinanzminister um eine Klärung der Streitfrage ersucht worden. Das ist leider nicht ganz gelungen, eine gewisse Klärung ist aber immerhin erfolgt. In seiner Antwort vom 18. Juli 1923 an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sagt der Reichsfinanzminister, daß die Frage, ob und in welchem Umfang eine Werkzeugenschädigung, die nach dem Tarifvertrag oder sonstigen Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewährt wird, dem Steuerabzug unterliegt, nicht allgemein entschieden werden kann. Voraussetzung für die Zulassung einer Vergütung als Aufwandsentschädigung ist also, daß sie ausschließlich zur Deckung von Unkosten bestimmt ist, die dem Arbeitnehmer im Zusammenhang mit seinen dienstlichen Obliegenheiten entstehen. Ob und inwieweit der Begriff der Aufwandsentschädigung gegeben ist, kann nur von Fall zu Fall beurteilt werden. Die Entscheidung hierüber steht zunächst dem Arbeitgeber zu, der für die ordnungsgemäße Vornahme des Steuerabzuges nach dem Gesetz verantwortlich ist. In Zweifelsfällen entscheidet nach § 52a auf Anrufen eines Beteiligten das Finanzamt. Dabei besteht allerdings die in der Fassung des § 54, Absatz 3 begründete Gefahr, daß Finanzämter zu voneinander abweichenden Entscheidungen kommen. Diese Gefahr kann jedoch auf ein Mindestmaß beschränkt werden, wenn die Vergütung ihrer Höhe nach so bemessen wird, daß dem Finanzamt der Nachweis, daß sie den erforderlichen Umfang nicht übersteigt, jederzeit mit Sicherheit geführt werden kann.

Nach Ansicht des Reichsfinanzministers hat zunächst der Unternehmer zu entscheiden, ob die Werkzeugenschädigung eine Entschädigung ist, die nach § 48, Absatz 5 dem Steuerabzug nicht unterliegt. Will der Unternehmer die Werkzeugenschädigung nicht als steuerfrei gelten lassen, muß das zuständige Finanzamt anrufen werden. Wenn hier der Nachweis geführt wird, daß die Werkzeugenschädigung den erforderlichen Umfang nicht übersteigt, ein Nachweis, der leicht geführt werden kann, sind die Finanzämter verpflichtet, dahin zu entscheiden, daß die Werkzeugenschädigung dem Steuerabzug nicht unterliegt.

**V.S.P.D. Betriebsrat des Metallarbeiterverbandes.** Montag, 1. Oktober, 7 1/2 Uhr, wichtige Fraktionsversammlung im Volkshaus, Saal 1. An dieser Sitzung sollen nicht nur die V.S.P.D.-Vertrauensleute, die an den nächsten Generalversammlungen teilnehmen, erwählen, sondern insbesondere alle Betriebsratsmitglieder. Als Anweisung ist am Einschreibungs- und das Mitgliedsbuch der V.S.P.D. beigefügt.

**V.S.P.D. Betriebsrat, Gruppe 10.** Dienstag, 2. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 4, wichtige Sitzung aller Betriebsratsmitglieder, die Mitglied der V.S.P.D. sind. Verbandsbuch und Parteibuch sind mitzubringen.

### Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

**Selbstversammlungen.** Morgen (Sonntag), abends 7 Uhr, im Saal 2 des Volkshauses, nicht Vereinsabend, wie territorial im Echo steht. Genosse W. Sander spricht über: Die sozialistische Arbeiterjugend und die Jugendabteilungen der Gewerkschaften und Arbeiterparteiverbände.

**Jugendtreffen in Döbna am Sonnabend und Sonntag (29. und 30. September).**

Unterstützung durch zahlreiche Ercheinen, bringt eure Fahnen, Bimpel und Musikinstrumente mit. Der Einschriebt halber wird die Quartierverteilung am Bahnhof Dresden vorgenommen. Ihr könnt daher den Zug 8.12 Uhr ab Hauptbahnhof benutzen.  
Frei Heil! Sozialistische Arbeiterjugend Gruppe Döbna.

## Geldentwertung und Wohnungsbaubgabe

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hatte sich infolge der eingetretenen Geldentwertung erneut mit der Festsetzung der Sonderzuschläge zur Wohnungsbaubgabe und zum Ausgleichslohn beschäftigt. Die Erhöhung ist unumgänglich notwendig, soll dem weiteren Verfall von Wohnungen vorgebeugt und die Fertigstellung bereits in der Ausführung begriffener Bauten durchgeföhrt werden. Die Vertreter der Gewerbetreibenden wandten sich gegen die in Aussicht genommene höhere Belastung der gewerblichen Räume in einem vom Stadtverordneten Donner (D. Vp.) eingebrachten Minderheitsgutachten, ebenso wandte sich Herr Dr. Wittmann (Dnat. Vp.) gegen die Vorlage, ohne allerdings besonders durchschlagende Gründe für die Stellung seiner Fraktion vorzubringen. Auch die Kommunisten lehnten die Vorlage ab, nachdem sie in einer früheren Sitzung der Einführung der Sonderzuschläge zugestimmt hatten. Ihre Stellungnahme in der gestrigen Sitzung war also von vornherein wenig korrekt. Das ließ auch ihre Begründung deutlich erkennen. Schließlich erklärte ihr Redner Bruner am Schlusse seiner Ausführungen, daß seine Fraktion der Vorlage doch noch zustimmen würde, wenn ein Zusatzantrag angenommen würde, wonach Erwerbslose, Kleinrentner, Sozialrentner, Kurzarbeiter und diejenigen Arbeitnehmer, deren Einkommen nicht höher ist als der jeweilige doppelte Satz der Erwerbslosenunterstützung, von der Erhebung der Zuschläge freibleiben. Dieser Zusatzantrag wurde vom Kollegium deswegen abgelehnt, weil die entsprechenden Bestimmungen bereits in dem Gesetz enthalten sind und damit der Antrag hinsichtlich ist. Bei dieser Gelegenheit wurde den Kommunisten einmal mit aller Deutlichkeit durch den Genossen Rösch gesagt, daß sie wohl jederzeit sehr schnell mit der Stellung von Anträgen zur Hand seien, sich aber über deren Durchführbarkeit wenig Gedanken machten und es besonders der sozialdemokratischen Fraktion in den Ausschlüssen überließen, etwas Brauchbares daraus zu gestalten. Mit der großen Geste nach außen sei die Arbeit im Stadtverordnetenkollegium nicht getan. Diese bittere Wahrheit machte den kommunistischen Stadtverordneten Schrapel nervös. Er warf unfrüher Vorwürfe gegen die Erwerbslosen, der Klein- und der Sozialrentner, der Kurzarbeiter und der Arbeiter, die mit ihrem Einkommen unter dem jeweiligen doppelten Satz der Erwerbslosenunterstützung bleiben, angenommen werde. Bürgermeister Genosse Rißke beizugte den Minderheitsgutachten gegenüber, daß die Abgabe tatsächlich nicht so hoch sei, wie es auf den ersten Blick erscheine. Bei einer Friedensmiete von 300 W. würden 60 Millionen Mark Wohnungsbaubgabe zu zahlen sein, für die beiden ersten Termine also 30 Millionen Mark, ein Betrag, für den es heute kein Pfund Margarine gäbe. Unter Berücksichtigung des Härteparagrafen und der Verwaltungskosten

würden 8 bis 9 Millionen Mark zur Verfügung stehen, mit deren Hilfe 170 Wohnungen insstand gesetzt werden könnten. Ueber die Höhe der Friedensmieten machte man sich auf der rechten Seite keine Vorstellungen. Die amtlich festgesetzten Sätze müßten schon wieder als weit überhöht gelten. Würde man den Lebenshaltungskosten zugrunde legen, so müßte man schon heute auf Milliarden-Mieten zukommen. Der Zusatzantrag Bruner nennt offene Türen ein, denn was darin gefordert werde, sei durch die Härtebestimmungen bereits vorgegeben.

In der weiteren Debatte erklärte Herr Bernbl, daß die organisierte Mietezeit bereit sei, diese Kosten auf sich zu nehmen, weil die Wohnungsbaubgabe der einzige Weg sei, Wohnungen zu schaffen. — Genosse Rösch betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion die Tendenz des Antrags Bruner durchaus verstehe, denn auch sie sei dafür, daß alle Mittel angewendet werden müssen, um die Minderbemittelten gegen die Kosten des Wohnungsbaues zu schützen. Aber im Gesetze sei das im wesentlichen schon vorgegeben, was der Antrag wolle. Die Erwerbslosen müßten nur ihre Anträge auf Befreiung stellen und die Fraktion werde sich dafür einsetzen, daß bei Behandlung dieser Anträge in allererster Reihenfolge die Wünsche der Erwerbslosen entgegenkommen wird. So leid es ihr tut, werde seine Fraktion dem Antrage Bruner nicht zustimmen können.

Nach einer heftigen Entgegnung des Kommunisten Schrapel wurde nach Ablehnung der Anträge Donner und Bruner die Vorlage in der Ausschussfassung in namentlicher Abstimmung angenommen gegen die Stimmen der Kommunisten und der äußersten Rechten.

Danach gellten die nach dem 31. Ratstag festgesetzten Sonderzuschläge (das 40fache der Friedensmiete bei Wohnräumen und das 60fache bei andern Räumen) als Grundbetrag entsprechend dem Geldwertstande vom 1. April 1923. Dieser Grundbetrag ist in vier Terminen, am 15. Mai, 15. August, 15. November und 15. Februar zu entrichten, worüber noch besondere Wohnungsbaubgabebescheide zugestellt werden. Die auf den einzelnen der vier Termine entfallende Abgabesumme soll aber nun mit einer dem Geldwerte am Fälligkeitstage entsprechenden Zahl verhältnismäßig werden. Diese Zahlen werden vom Gesamtministerium auf Grund der Ratserordnung vom 17. September 1923 jeweils festgesetzt. Für die beiden schon abgelaufenen Termine (15. Mai und 15. August) wird zunächst die Zahl 5000 angenommen, aber nur, wenn der danach für diese beiden Termine sich ergebende Betrag schon vor Aufstellung des Abgabebescheides bis 31. Oktober 1923 freizwillingig eingezahlt ist. Dieser Betrag stellt sich auf das 100 000fache des Kaufpreises (Friedensmiete), wie er aus den für die Rechnungsjahre 1921/22 angefallenen Wohnungsbaubgabebescheiden ergibt sich. Wer diesen Betrag nicht rechtzeitig bis 31. Oktober 1923 an das Steueramt abführt, hat damit zu rechnen, daß er auch für die beiden ersten Termine die Abgabe nach der vom Gesamtministerium für den 15. November 1923 noch festzusetzenden Verhältniszahl zu bezahlen hat. Diese wird bei fortschreitender Geldentwertung natürlich wesentlich höher werden, so daß es im Interesse der Abgabepflichtigen liegen wird, sofort zu bezahlen. Auf je 100 Mark Friedensmiete würden danach 10 Millionen zu bezahlen sein.

**Hausunterricht für schulpflichtige kranke Kinder.** Einer Ratsvorlage gemäß wurde beschlossen, die kranken, schulpflichtigen und bildungsunfähigen Kinder, die den Unterricht an einer öffentlichen Volksschule, Hörschule oder Fortbildungsschule nicht besuchen können, in dem bisherigen Umfang weiter zu beschulen und, soweit die Kosten nicht vom Ministerium für Volksbildung gedeckt werden, sie auf den Schulbesitz zu übernehmen. Die Feststellung der wöchentlich zu erzielenden Stundenzahl bleibt dem Schulleute im Einvernehmen mit Schulleitung, Lehrer und Schularzt überlassen.

Dem Verein Kinderpolizei in der Johannstadt wurde auf das Jahr 1923 eine weitere Beihilfe von 15 Millionen Mark bewilligt, ferner ein Zuschuß von 1100 Millionen Mark für die Wahlen der Gemeindevorstände.

Verantwortlich für Inhalt und Sachverhalt: Max Sachse, für Gemeindefragen: Hans Günther, für Pressefragen: Carl Rothmann, sämtlich in Dresden; für Verlagsangelegenheiten: Max Sachse, Dresden. Druck und Verlag von H. B. & Co., Dresden.

### Stadtverordnetenversammlung vom 27. September 1923

Die Tagesordnung wies 18 Punkte auf, meist jedoch von geringerer Bedeutung. Eine Ausnahme davon machte die Ratsvorlage, die die Erhebung von

### Sonderzuschlägen zur Wohnungsbaubgabe

betrifft. Sie führte zu einer längeren Aussprache. Ein Minderheitsgutachten des Herrn (D. Vp.) erklärte die Befreiung des besondern Zuschlags für gewerbliche Räume. Der deutliche Dr. Wittmann sprach sich gegen die Vorlage aus. Der Kommunist Bruner erklärte, dem Ausschussgutachten nur unter der Voraussetzung zustimmen zu können, wenn sein Zusatzantrag, der eine Befreiung der Erwerbslosen, der Klein- und der Sozialrentner, der Kurzarbeiter und der Arbeiter, die mit ihrem Einkommen unter dem jeweiligen doppelten Satz der Erwerbslosenunterstützung bleiben, angenommen werde.

Bürgermeister Genosse Rißke beizugte den Minderheitsgutachten gegenüber, daß die Abgabe tatsächlich nicht so hoch sei, wie es auf den ersten Blick erscheine. Bei einer Friedensmiete von 300 W. würden 60 Millionen Mark Wohnungsbaubgabe zu zahlen sein, für die beiden ersten Termine also 30 Millionen Mark, ein Betrag, für den es heute kein Pfund Margarine gäbe. Unter Berücksichtigung des Härteparagrafen und der Verwaltungskosten

## König-Liköre

bekannt durch  
**Freiwürdigkeit und Güte**

## Trinkt Thürmer-Kaffee!

Verlangt Original-Packungen!

## C. Hans Wappler

Benzin- und Oelgroßhandlung,  
Dresden-A. 16  
Elisenstraße 48 Breite Straße 6  
Telephon 34969

**Inserate haben in der Volkszeitung großen Erfolg**

### Brauerei zum Felsenkeller bei Dresden

### Aktien-Bierbrauerei zu Reisewitz, Dresden

empfehlen ihre erstklassigen Erzeugnisse

### Deutsche Kohlenhandels-Gesellschaft

m. b. H.

Lager: Siemensstraße      Lager: Packhof — Marienbrücke  
Lager: Elbe — Hindenburgstraße      Lager: Spenerstr. — Borsbergstr.

**Hauptbüro: Prager Straße 52** ♦      Telefon-Sammelnummer 25 026

### J. SEVERIN

Dresden - Altstadt, nur Feldgasse 6  
Fernsprecher 21768

Spezial-Verproviantierung von Einkaufsgruppen — Fabrikantinnen — Konsumvereinen und sämtlichen Hotels und Restaurationsküchen  
**in Gemüse-, Obst-, Fisch- und Fleisch-Konserven**

### Geschäftliche Rundschau und Dauer-Fahrplan

Ohne Gewähr! O Mustersticht.

**Abfahrtszeiten:**

**Vorortzüge bis Tharandt:** 2.40, 6.20 (w.), 8.50, 9.04 (n. Postend.), 7.50, 8.50, 9.10, 9.42, 10.25 (nach Postend.), 11.02, 12.15 (w.), 1.02 (n. a. l. w. j. w.), 1.14, 1.55 (n. a. l. w. j. w.), 2.05 (n. Postend.), 2.10, 3.12, 3.24, 3.21, 12.15, 1.10 (b. Coswig), 1.23, 1.30, 4.22 (w.), 4.41, 5.09 (w.), 5.08 (n. Postend.), 5.39 (w. n. l. w. j. w.), 5.40, 6.18 (w. n. a. l. w. j. w.), 6.28, 6.55, 7.22, 9.10 (nach Postend.), 9.14, 9.18 (w.), 10.50, 10.58 (n. Postend. nur f. u. Mittw.), 11.12, 12.17.

**Dresden-Coswig-Weißhofs** (über Coswig): 4.45 (w. b. Coswig), 5.28 (f. b. Coswig), 5.37 (w.), 6.39 (w. b. Coswig), 6.18 (b. Coswig), 8.21, 12.15, 1.10 (b. Coswig), 1.23, 1.30, 4.10 (w. b. Coswig), 4.59 (w.), 6.39, 7.29 (b. Coswig), 8.35, 11.22.

**Vorortzug Annaberg:** 1.45 (nur a. err. W. jed. W.), 3.15, 5.15, 6.23, 6.42 (w.), 8.03, 7.02 (w.), 7.48, 8.50, 9.12, 10.02, 10.18, 1.29, 1.22, 2.35, 2.40, 3.13, 3.29, 4.27, 5.12, 6.30, 6.55, 7.38, 8.41, 8.50, 10.10, 10.38, 12.04.

**Dresden-Königsbrück-Schwepnitz:** 3.15 (w. l. 6.44, 7.56 (verk. b. a. welt. b. Königsbrück), 10.25 (w.), 12.10 (b. Rastbr. f. b. Schwepnitz), 1.41 (n. a. l. w. j. w. b. Rastbr.), 2.55 (b. Rastbr.), 4.05 (w. n. a. l. w. j. w. b. Rastbr.), 5.02, 6.31 (w. b. Königsbrück), 8.37, 11.25 (b. Königsbrück).

### Volksbuchhandlungen

Wollnerplatz 10 Königsbrücker Str. 10  
Cerekstraße 47 Schandauer Straße 9b  
Kesselsdorfer Straße 18

empfehlen:  
Partei-, Gewerkschafts-, schöne und wissenschaftliche Literatur  
Großes Lager gerahmter und ungerahmter Bilder, Vasen und Zierteller

### Dresdener Leder- u. Sattelwarenfabrik

### Gebr. Mast, Dresden-A.

Freiburger Straße 47/49

Spezialitäten:  
Gamaschen, Reckbüche, Artikel für Hunde-, Jagd- und Fußball-Sport.

Die Schutzmarke „Horridoh“  
garantiert in Sattlerarbeit  
zu haben in allen einschlägigen Spezial-Geschäften.

### Aktiengesellschaft vorm.

## SEIDEL & NAUMANN, DRESDEN

Ideal- u. Erika-Schreibmaschinen  
S & N-Additionsmaschinen  
Naumann-Nähmaschinen  
Naumann-Germania-Fahrräder



### Matthäus Obenaus, Bürsten- u. Fabrik

Schülerstr. 54, Fernspr. 17858 — Fussgassen, Scheuerröcher

## KALLIN



**Hermann Kallin**  
Dresden-A.  
Elbberg 3 bis 4 und 6  
Fernruf: 13479

## LIKÖRE

### Hans de Coster

Kommandit-Gesellschaft

### Holzwarenfabriken

Spezialität: Haus- und Küchengeschäfte  
Dresden-N. 6

Gingen-Fils      Marbach — Leubsdorf i. Sa.

### Hermann Liebscher

G. m. b. H.

### Hauptkontor: Sachsen-Allee 6

Lagerplätze:  
I: oberhalb der Albersbrücke      II: Ottis, Hamburger Straße 60  
III: Störnpitz/Falkenstraße

Anlieferung bis zu den kleinsten Quantitäten frei Keller nach allen Stadtteilen

### Kapfer-Bücher u. Maschinen



### Büchelerfabrik

### Ludwig Schulze

### KS-Trompeterei

**Staats- und Bezirksbank Vogtland**  
Aktiengesellschaft  
Niederlassungen:  
Plauen i. V. Auerbach i. V.

**Sächsische Staatsbank**  
Öffentl. rechtl. Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates  
Niederlassungen:  
**Leipzig:** Grimmaischer Steilweg  
**Depositenkasse:** Goethestr., Ecke Ritterstr.  
**Dresden:** Augustustr. (Ständehaus)  
**Depositenkasse:** am Hauptbahnhof, Güterstr. 2/4  
**Zwickau:** Hauptmarkt

**Städte- u. Staatsbank der Oberlausitz**  
Öffentl. rechtl. Bankanstalt unter der Gewähr der Städte Bautzen, Zittau und der Höhe. Staatsbank  
Niederlassungen:  
Zittau: Am Markt  
Bautzen: Theatergasse



**Kohinoor Dekor**  
MIT MIT GEBOEDELTEM VERSENKTEM ANNAHME-ÖSEN UND PASSLOCH  
**WALDES & Co., DRESDEN-A.**  
Größte Druckknopf-Fabriken der Welt!

**Residenz Kaufhaus**  
G. m. b. H.  
Frager, Ecke Waisenhausstrasse  
Das Kaufhaus für Alle

**Erste Genossenschafts-Brauerei**  
e. G. m. b. H., Dresden  
**Schwerter-Brauerei, A.-G., Meißen**  
Erstklassige helle und dunkle Biere aus nur feinstem Malz- und Hopfen

**Messow & Waldschmidt**  
Wilsdruffer Straße 11-13  
Stets vorteilhafte Angebote in sämtlichen Textilwaren

Empfehlenswerte Firmen  
VON  
**DRESDEN**

**TRIOLIN** Fussboden- und Tischbelag  
Teerfreie Dachpappe "Coritex"  
steht in grossen Posten lagernd  
Linoleum-Unterlagspappe  
**Korb & Co., Dresden-Altstadt 1, Frauenstrasse 2a**

**HERMANN HUBERTY**  
Frager Strasse 6 Dresden Frager Strasse 6  
Feinstes Herren-Massgeschäft  
Aparthe Herrenmodeartikel

**Heinrich Fritzsche**  
Damenhüte  
Trompeterstrasse 14

**C. Heinrich Barthel**  
Vornehme Damenhüte  
Dresden, Waisenhausstr. 30



**Triumph**  
Blaue Seife  
Ein Schönheits- u. Toilette-mittel ohne Gleichen.  
Kennwort: Spreewaldmädchen  
W. H. Geissler, G. m. b. H. Dresden-N.  
Hartigstrasse

**Görlitzer Waaren-Einkaufs-Verein**  
25 Verkaufsstellen in allen Stadtteilen



**Hecker's Sohn**  
Dresden-N., Körnerstr. 1/3.  
Nur spricht zu Land:  
Willst saubere Arbeit Du und hohen Lohn,  
Nimm Werkzeug nur von Hecker's Sohn

**Tuchhandlung Hermann Pörschel**  
Schefelstraße 19 — Telefon 13725



**BIOX**  
ZAHNPASTA  
Probetuben gratis bei Georg Baumann, Frager Straße 40

**Buchdruckerei Kaden & Comp.**  
Dresden-A., Wettinerplatz 10 — Tel. 25261  
drucken alle im geschäftlichen und privaten Verkehr erforderlichen Drucksachen  
Rotation — Stereotypie — Buchbinderei

**Gebh. Kohl & Co.,** Freiburger Pl. 22/24  
Billigste Bezugsquelle — Größte Auswahl — Spezial-Abteilung: Damenhüte, Damenputz

**Emil Klink Nachf. Haeußler & Sachse,** Waisenhausstr. 7  
Fernspr. 27185  
Geschäftsbücherfabrik — Papiergroßhandl.

**Sächs. Papierrollen-Fabrik**  
Jacob David, Wettinerstraße 34 Fernspr. 17810  
Packpapiere 17945

**Wollwarenhans „Saxonia“**  
Wilsdruffer Str. 40 u. Konsolidator Str. 6  
Spezialhaus für Strumpfwaren, Handschuhe, Trikots, Wollwaren, Wäsche, Schürzen, Herren-Artikel, Strick- und Häkelgarne

**Schilling & Hann**  
Reibbahnstr. 19 Dresden Reibbahnstr. 19  
Wachs- und Ledertuchwaren-Fabrik  
Linoleum, Wachstuche, Gammistoffe etc.

**Georg Münch**  
Grüner Straße 31  
Butter-, Margarine- und Fettwaren-Großhandlung  
**E. Arthur Naake,** Friedrichstr. 60  
Schafwolle, Rohhaar, Knochen

Die billigste Einkaufsquelle für  
**Seifen, Seifenpulver Schmierseife usw.**  
**Versandhaus Ally, Dresden**  
Stiftsstraße 10 — Tel. 17811  
Spezialität: Oranienburger Seife

**Centrale Sächsischer Mühlen-Vereinigungen** G. m. b. H.  
Dresden, Bismarckplatz 11  
Wirtschaftliche Organisation zum Zwecke einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und tunlichster Verbilligung der Fabrikate. — Die Verkaufsgesellschaft der Mühlenzentralen Sachsen/Schlesien G. m. b. H., Sitz Dresden, liefert Weizen- und Roggenmehle in anerkannt hochwertiger Qualität

**Geschäftl. Rundschau**  
mit dem Zeitungs-Dauerfahrplan

A. Ohne Gewähr! (Mastervorschau) Ohne Gewähr!

**Abfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) nach**

<b>Berlin-Elsterwerda:</b> 2.15, 6.15 (D), 5.35, 8.05 (D), 12.45 (w.), 2.15 (f. ab. Coesebunde h. Elsterw.), 4.50 (w. ab. Coeseb. bis Elsterwerda), 7.35	<b>Vorort Meissen:</b> 2.15, 4.04, 4.56 (w.), 5.03, 5.12, 5.36 (w.), 5.47, 5.53, 6.36, 6.57 (w.), 7.25, 7.32, (w. h. Radeb.), 8.42, 9.41, 10.58, 11.33, 11.55, 12.26 (w. h. Cosw.), 12.43 (w.), 12.57 (n. a. l. w. jed. W.), 1.05, 2.15, 2.21, 3.08 (w. nur a. l. w. jed. W.), 3.23, 3.45 (h. Cosw.), 4.05, 4.33 (nur am letz. W. jed. W.), 4.40, 4.50, 5.20 (w.), 5.35, 6.25, 7.38, 7.38, 8.10, 8.55, 9.10, 9.25 (w. bis Coswig), 10.33, 10.54, 12.25
<b>Berlin-Röderaue:</b> 2.10 (D), 8.45, 7.36 (D)	<b>Vorort Radeburg:</b> 2.15, 4.04, 4.56 (w.), 5.03, 5.12, 5.36 (w.), 5.47, 5.53, 6.36, 6.57 (w.), 7.25, 7.32, (w. h. Radeb.), 8.42, 9.41, 10.58, 11.33, 11.55, 12.26 (w. h. Cosw.), 12.43 (w.), 12.57 (n. a. l. w. jed. W.), 1.05, 2.15, 2.21, 3.08 (w. nur a. l. w. jed. W.), 3.23, 3.45 (h. Cosw.), 4.05, 4.33 (nur am letz. W. jed. W.), 4.40, 4.50, 5.20 (w.), 5.35, 6.25, 7.38, 7.38, 8.10, 8.55, 9.10, 9.25 (w. bis Coswig), 10.33, 10.54, 12.25
<b>Riesa-Leipzig:</b> 2.50, 5.08, 7.10 (D), 9.43, 10.20 (D), 12.55 (D), 2.21, 4.22, 5.25, 7.04 (D), 8.05 (D), 8.10	<b>Vorort Radeburg bis Pirna:</b> 4.50 (ab Oltze n. w.), 5.25, 5.30 (w.), 6.16, 6.17, 6.22 (w.), 6.44 (w.), 7.00 (w.), 7.10 (f.), 7.18, 8.07, 8.50, 9.38 (w.), 10.38, 12.24, 1.11, 1.18, 1.47 (nur am letz. W. jed. W.), 2.01, 3.12, 3.22, 3.55 (w.), 4.10 (w. bis Niederschütz), 4.40, 4.55 (w.), 5.40, 6.00, 6.15 (w.), 7.18, 7.44, 7.52, 9.20 (w.), 10.00, 10.30, 11.50, 12.50
<b>Leipzig-Döbeln:</b> 5.35, 7.35, 11.55, 4.0, 9.10 (bis Leipzig)	<b>Sonndags- u. Feiertags-Niederort-Radeburg:</b> 4.03 (nur bis mit Septbr.), 6.19 (bis Neust.), 8.50 (h. Sebnitz), 11.45, 4.40, 7.44 (bis Sebnitz)
<b>Görlitz-Breslau:</b> 3.15, 5.29, 7.02 (w. bis Bautzen), 8.51 (D), 9.12, 12.18, 2.46 (h. Köhlz.), 4.16 (D), 4.27, 7.54 (D), 8.50, 12.04	
<b>Chemnitz-Reichenbach-Hof:</b> 3.40, 6.30, 7.20 (f.), 9.10, 10.47 (D), 11.52, 2.19 (h. Freib.), 3.24, 5.09 (w. Freib.), 6.10 (f.), 6.55, 8.24 (D), 9.29 (h. Klingh.), 10.43, 10.48 (D), 11.12 (bis Freiberg)	
<b>Zittau:</b> 6.03, 9.45, 1.22, 3.50, 6.51, 10.51 <b>Von Köhlmühle n. Reichenbach:</b> 8.02, 1.12, 6.30, 2.17 (nur f. und Mittw.)	

**Gebr. Arnhold**  
Bankhaus  
Dresden Waisenhausstr. 18/22  
Berlin W 56 Französische Str. 33c  
F.-A. f. Ortsverkehr: 25261 F.-A. f. Ortsverkehr: Zentr. 15880  
F.-A. f. Fernverkehr: 25861 F.-A. f. Fernverkehr: Zentr. 14121  
Drahtanschrift: Bahkarnhold  
Drahtanschrift für Währungsabteilung: Arnholdvia

**Radloff & Böttcher**  
Prager Str. 30 DRESDEN Prager Str. 30  
Leinen- und Wäsche-Ausstattungen

**Asberg** Massgebendes Kaufhaus für Damen- u. Herren-Mode-Artikel  
Wilsdrufferstrasse 6-8-10.

Kauf sofort **Stetze** Zahle später  
**Möbel** 2 Grünauer Strasse 2 Herren-Damen-Konfektion  
ganze Einrichtungen — Einzelmöbel — am Pirnaischen Platz

**Dresdner Großhandel u. Industrie**



**Rundstrickmaschine zur Herstellung nahtloser Strümpfe**  
Die nützlichste Maschine für jede Familie, sie bietet angenehme und lohnendste Hausarbeit  
Lieferung schnell — Jahrelange Garantie  
**Strickmaschinenfabrik „Excelsior“**  
Dresden-N. 22, Torgauer Straße 6  
Spezialität: Rund-, Fisch- u. Spulmaschinen

Ständig großes Lager in neuzeitlichen  
**Werkzeugmaschinen und Werkzeugen**  
Lagerbeachtung erbeten  
**Paul B. Hübner**  
Bureau und Ausstellung: Carolastr. 6, am Hauptbhf.  
Zweiglager: Hofmühlenstraße 11-15

**Gebrüder Apt**  
Metall- u. Schrott-Großhandlung  
Magdeburger Str. 8 Fernruf 12270, 17760

**Steckenpferd Seife**  
die beste Milienmilchseife für zarte weiße Haut

Aus jeder Kohlennot hilft  
**Kohlen-König**  
Telephon 14672  
Dresden-A. Ostra-Allee 22b Dresden-A. Haydnstr. 32/34

**König-Friedrich-August-Mühlenwerke A.-G.**  
Dölzchen-Dresden

**Walter & Barth**  
Holz- und Kohlenhandlung  
Spez.: Riebeck-Grudekoks  
Industriehof — Telephon 19508

**Alfred Meier & Co.,** Papiergroßhandlung  
Dresden-A., Bürgerwiese 23  
Papier und Pappen aller Art zu billigsten Tagespreisen: — Verlangen Sie bemusterte Spezialofferten

**Graphische Werke G. m. b. H.**  
DRESDEN, Lindensstraße 11  
Sondererzeugnisse: Faltschachteln, Feinkartonagen



**LEDERFABRIK LOUIS BIERLING**  
KERNSTÜCKE FÜR 1919, DAUERSOHLEN

Werft Leser für die **Dresdner Volkszeitung**